Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen auswärtige Annoncen-Expeditionen: Berlin: M. Cohen. — Bremen: H. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner. — Cöln: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barth & Co. — Magdeburg: Robert Klees. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Delamar Azn., Spuistraat 134. — Frankfurt: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 10 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 368. **Berlin, Montag den 10. August 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 10. August.

Heute Mittag 12 Uhr wurde die internationale Telegraphenkonferenz im Saale des Reichspostgebäudes, Artilleriestr. 4b, von dem Staatssekretair des Reichs-Postamts Dr. von Stephan mit nachstehender Rede eröffnet:

„Meine Herren! Durch den Beschluß der auf der Londoner Konferenz vom Jahre 1879 vertreten gewesenen Regierungen ist Deutschland die Ehre zu Theil geworden, die jetzige internationale Telegraphenkonferenz in den Mauern seiner Hauptstadt zu empfangen.

Aus allen Ländern Europas, aus allen Welttheilen hat diese zahlreiche und glänzende Versammlung in Vertretung der hohen Regierungen sich hier vereinigt, um ihre gemeinsame Arbeit der weiteren Vervollkommnung des großen Verkehrs- und Kulturinstituts zu widmen, welches die Wissenschaft unseres Jahrhunderts der Menschheit errungen hat.

Ich brauche die Aufrichtigkeit meiner Freude nicht zu versichern darüber, daß Se. Majestät der Kaiser, mein erhabener Herr, mich zu der Ehre berufen hat, Sie in Seinem Namen willkommen zu heißen und an Ihren Berathungen Theil zu nehmen.

Wenn es zu den angenehmsten Aufgaben einer Regierung gehört, bei der Pflege derjenigen Einrichtungen mitzuwirken, welche die Ergebnisse der Wissenschaft und die fortschreitenden Erfahrungen der Technik für die Völker des Erdballs nutzbar machen, so ist diese Pflicht besonders befriedigend bei der Fürsorge für die Verkehrsanstalten, weil das Ziel derselben ein wohlthätiges und in seinem Wesen so klar vorgezeichnet ist, daß Zweifel und Widerstreit der Meinungen hierüber kaum bestehen können.

Die Bedeutung der Telegraphie für die Kultur ist in fortwährendem Wachsen begriffen. Ich kann mich begnügen, darauf hinzuweisen, daß die gemeinsame Mitwirksamkeit aller Telegraphenverwaltungen und -Gesellschaften die Drähte, welche dem menschlichen Gedanken den schnellsten Weg gewähren, zu einem immer umfangreicheren und dichteren Netze verflochten hat. Die Westküste von Mittel- und Südamerika, der Osten und Süden von Afrika sind mit dem allgemeinen Telegraphennetze in Verbindung gebracht. Auf den alten Stätten der Kultur sind neue Stationen zu Tausenden eröffnet, so daß selbst kleine Ortschaften die Wortheile der telegraphischen Nachrichtenvermittelung genießen können. In Australien hat der Ueberland-Telegraph den ganzen Welttheil durchzogen, Tasmanien und Neuseeland sind mit dem Netz verbunden; in Amerika sind die Cordilleren überschritten; die Linien des russischen Reichs sind bis zu den östlichsten Gestaden Asiens geführt, und auch in China hat der schnellste Träger des Gedankens seinen siegreichen Einzug gehalten. Dem Unternehmungsgeist und der Rührigkeit der Kabel-Gesellschaften verdanken wir neue und werthvolle unterseeische Verbindungen.

Unser Verein ist durch den Beitritt mehrerer Staaten und Kolonieen aus Asien, Afrika und Australien erweitert worden.

Die Ausstellungen in Paris, London, München, Wien, Turin, Philadelphia, Pest, Antwerpen u. s. w. haben in ihren der Elektrotechnik gewidmeten Abtheilungen die Fortschritte dargethan, welche der Erfindungsgeist auf diesem Gebiete gemacht hat und denen wir unsere Einrichtungen in Verwaltung und Betrieb anzuwenden haben werden.

In dem Fernsprecher ist dem telegraphischen Verkehr ein unterwerfliches Mittel der Nachrichtenvermittlung zur Verfügung gestellt, welches bereits bedeutende Ergebnisse aufzuweisen hat und unzweifelhaft noch einer großen Zukunft entgegengeht. Gleich dem Telegraphen im Anfange ein Luxus, ist er bereits ein Gebrauch geworden; er muß eine Gewohnheit werden.

Zu den Aufgaben der allgemeinen Telegraphenkonferenzen hat es stets gehört und wird es auch jetzt gehören, eine immer größere Verallgemeinerung des Gebrauchs des Telegraphen durch zweckmäßige Dienstvorschriften und durch einen einfachen und mäßigen Tarif herbeizuführen.

Die Londoner Konferenz hat die Annahme des Worttarifs im Prinzip gebracht. Möge es gelingen, meine Herren, daß als Ergebniß unserer Arbeiten ein weiterer Fortschritt verzeichnet werden kann, namentlich in der Richtung, den Telegraphen immer mehr in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und seine Zugänglichkeit für alle, auch die minder begüterten Volksklassen zu erleichtern.

Bei dem Geiste der Verständlichkeit, welcher sich in den bisherigen Telegraphenkonferenzen stets geoffenbart, und welcher es ermöglicht hat, eine so große über den Erdball verbreitete Anzahl von Verkehrsanlagen mit so verschiedenen Einrichtungen bisher zur Annahme gemeinsamer Grundsätze zu einigen, zweifle ich nicht, daß auch etwa neu zur Erscheinung kommende Schwierigkeiten sich beim entgegenkommenden Austausch der Meinungen werden überwinden lassen.

Mit der Versicherung, daß Sie, meine Herren, der deutschen Nation und der Stadt Berlin erwünschte und geehrte Gäste sind, erkläre ich die internationale Telegraphenkonferenz von Berlin für eröffnet, und bitte Sie, sich durch Ernennung eines mit der Leitung Ihrer Arbeiten zu betrauenden Präsidenten und der Schriftführer jetzt zu konstituiren."

Die Konferenz konstituirte sich hierauf, indem sie den 1. Delegirten Deutschlands Dr. v. Stephan zum Präsidenten, den 2. deutschen Delegirten, Direktor im Reichspostamt Hake, zum Vizepräsidenten erwählte. Das Bureau wurde aus dem Herrn Curchod, Direktor des internationalen Telegraphenbureaus in Bern, und den Schriftführern Herrn Eschbacher, Sekretair des internationalen Bureaus, und den Herren Linz und Neumann, Geheimen expedirenden Sekretairen im Reichspostamt, zusammengesetzt.

Der Vorsitzende nahm alsdann das Wort, um der schweizerischen Regierung für die erfolgreiche Leitung des internationalen Bureaus, sowie der britischen Regierung, welche seit der letzten in London versammelt gewesenen Konferenz die Funktionen als Office directeur übernommen hatte, für ihre gedeihliche Thätigkeit im Interesse des Vereins zu danken und den hervorragenden Leistungen des internationalen Bureaus volle Anerkennung auszusprechen. Zu weiteren Verlaufe der Rede widmete der Präsident in warmen Worten ein ehrendes Gedenken den inzwischen verstorbenen Mitgliedern der letzten Konferenz: v. Lüders, kaiserlich russischer General-Telegraphendirektor; Budde, kaiserlich deutscher General-Telegraphendirektor; Günther, Geheimer Ober-Postrath in Berlin; Gumbart, königlich bairischer Telegraphendirektor; Sir William Siemens, dem hervorragenden Elektrotechniker und Gelehrten, und von St. Martial, Sekretair des internationalen Bureaus. Die Versammlung ehrte das Andenken der Entschlafenen durch Erheben von den Sitzen.

Das älteste Mitglied der Versammlung, der Telegraphendirektor Norwegens Herr Nielsen, nahm hierauf das Wort, um einen Rückblick auf die Ergebnisse der bisherigen Konferenzen zu werfen und eine Uebersicht der gemachten Fortschritte zu geben.

Nachdem der Vertreter Großbritanniens über die Akte seiner Verwaltung als Office directeur seit der Londoner Konferenz Bericht erstattet hatte, gelangte der den Konferenzmitgliedern vorher mitgetheilte, in seinem Wortlaut mit demjenigen der Londoner Konferenz übereinstimmende Geschäftsordnungs-Entwurf ohne Diskussion zur Annahme.

Der Chef des internationalen Bureaus, Curchod, erhielt sodann das Wort, um die Angelegenheit wegen der statistischen Arbeit des Bureaus für die in Paris versammelt gewesene Konferenz der Electrica, betreffend die elektrischen Einheiten und Messungen, die atmosphärischen Ströme und die Blitzableiter-Fragen vorzutragen. Von dem Vorsitzenden wurde eine Resolution vorgeschlagen, welche im Wesentlichen dahin geht, das internationale Bureau zur Ausführung dieser Arbeiten zu ermächtigen. Demnächst schritt die Versammlung zur Bildung zweier Kommissionen (für Tarifwesen und Reglement), welche sich sofort konstituiren und in Thätigkeit treten werden.

Aus Bad Gastein wird unterm 9. August telegraphisch gemeldet:

Se. Majestät der Kaiser und König machte gestern Abend eine Spazierfahrt nach Böckstein und nahm sodann den Thee bei der Gräfin Lehndorff ein. Heute Morgen promenirte Allerhöchstderselbe auf dem Kaiserwege und wohnte dem Gottesdienste in der evangelischen Kirche zur Zeit kaiserlichen Tafel sind heute Minister v. Boetticher und der braunschweigische Staatsminister Graf von Görtz-Wrisberg befohlen.

Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin von Sachsen-Weimar ist mit ihrer Tochter, der Prinzessin Reuß, heute Nachmittag hier eingetroffen und im Hotel Straubinger abgestiegen. Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Botschafter Prinzen Reuß heute Mittag einen längeren Besuch abgestattet.

Ueber die Rückreise Sr. Majestät des Kaisers und Königs ist bis jetzt Folgendes bestimmt: Die Abreise von Gastein findet am 11. d. M. 1 Uhr 50 Min. Nachmittags statt. Von Lend wird die Reise um 3½ Uhr mittelst Extrazuges bis Salzburg fortgesetzt, woselbst Se. Majestät um 5 Uhr 50 Min. eintreffen und in dem Europäischen Hof Nachtquartier zu nehmen gedenkt. Am anderen Tage 4½ Uhr Nachmittags wird die Reise über Attnang, Regensburg, Hof, Leipzig, Roßlau, Dewitz nach Potsdam fortgesetzt werden, wo Se. Majestät am 13. d. M. 10 Uhr 20 Min. früh eintreffen wird, um sich nach Babelsberg zu begeben.

Heute wird aus Gastein telegraphisch gemeldet:

Se. Majestät der Kaiser und König nahm heute das vorletzte Bad und promenirte sodann mit dem Flügeladjutanten, Oberstlieutenant v. Peterdorff. Zur Tafel sind heute u. A. geladen die Frau Großherzogin von Weimar mit Gefolge, Prinz und Prinzessin Reuß, Staatsminister v. Boetticher mit Gemahlin und Gräfin Lehndorff.

Ueber eine für die Entwickelung einer deutschen **Hochseefischerei** wichtige Seite der Sache, nämlich die Personalfrage, berichten die „Mittheilungen" der Sektion für Küsten- und Hochseefischerei des Deutschen Fischereivereins Folgendes:

„Meldung von Hafffischern zur Nordseefischerei. Als wir gelegentlich einer Besprechung der Hochseefischerei auf der Nordsee in einem Artikel der „Westzeitung" vom 20. April v. J. äußerten, daß, falls an der Nordsee selbst die nöthige Mannschaft zur Besetzung der Fischerfahrzeuge nicht zu finden wäre, an unserer Ostseeküste und den Haffen tüchtige Fischer genug wären, die bei dem in Folge ihrer starken Vermehrung immer spärlicher werdenden Verdienste in ihren heimischen Dörfern gerne bereit sein würden, nach der Nordsee zu ziehen, wurde diese Behauptung vielfach mit großem Unglauben aufgenommen. Inzwischen kommen wir jetzt konstatiren, daß, seitdem von einer Inangriffnahme einer deutschen Großfischerei in der Nordsee in den öffentlichen Blättern mehrfach die Rede ist, von einer ganzen Anzahl verheiratheter und unverheiratheter Fischer aus Elbing, Terranova und Fischhausen Anfragen eingegangen sind, an wen sie sich zu wenden hätten, um Beschäftigung auf Nordseefischerfahrzeugen zu finden. Die gemachten Lohnansprüche sind durchweg derartige, daß die Leute beim Engagement auf Antheil selbst bei nur mäßigem Erfolge der Fischerei mehr verdienen würden, als sie fordern."

Dem rheinisch-westfälischen Verein für Bildung und Beschäftigung evangelischer Diakonissen zu Kaiserswerth am Rhein ist zur Annahme eines Kapitals von 306 000 ℳ, welches ihm eine edle Wohlthäterin zur Gründung eines Waisenhauses und einer Krankenanstalt in Potsdam geschenkt hat, die landesherrliche Genehmigung ertheilt worden.

Ueber die Schiffahrt auf Rhein und Mosel des vorigen Jahres entnehmen wir dem Berichte der Koblenzer Handelskammer, daß dieselbe zwar durch Eisgang keine Unterbrechung erlitten, desto mehr aber unter dem niedrigen Wasserstand zu leiden hatte. Auf dem Rhein erreichte er im Spätherbste ein lange nicht dagewesenes niedriges Maß und wurde erst im Dezember wieder normal. Auf der Mosel war die Schiffahrt von Juli bis Ende November zu vollständiger Unthätigkeit gezwungen. So verloren die Fahrten ihre Regelmäßigkeit, die größeren Segelschiffe und Kähne konnten ihre Tragfähigkeit nicht ausnutzen und mußten fortwährend Leichterfahrzeuge verwenden; die Mehrzahl der Personen- und Güterdampfschiffe sowie die Schleppdampfer wurden durch ihren Tiefgang gezwungen, die Fahrtstrecken zu beschränken, wenn nicht den Dienst ganz einzustellen. Unfälle waren häufig. Die Rheinschiffbrücke bei Koblenz wiesen 3565 Personen-Dampfschiffe, 1996 Schlepp-Dampfschiffe, 3090 Schrauben-Dampfschiffe, 642 Tauer, 10 669 Segelschiffe, 386 Flöße, im Ganzen 19 341 Fahrzeuge, gegen 1883 weniger 294 Personen-, 8 Schlepp-Dampfschiffe, 11 Flöße, dagegen mehr 40 Schrauben-Dampfschiffe, 137 Tauer und 935 Segelschiffe, also im Ganzen 799 Fahrzeuge mehr. Von dem Königl. Schiffs-Aichamte zu Koblenz wurden 30 Schiffe mit einer Gesammt-Ladungsfähigkeit von 4212 Tonnen geaicht und von der Schiffs-Unterfuchungskommission 117 Fahrzeuge von zusammen 14 196 Tonnen Tragfähigkeit in Bezug auf ihre Tauglichkeit zum Rhein-Schiffahrts-Betriebe untersucht.

Am 30. v. M. ist zu St. Petersburg ein Abkommen zwischen Deutschland und Rußland wegen gegenseitiger Anerkennung der Aktiengesellschaften vollzogen worden.

Der „Figaro" veröffentlicht unter dem Titel „Die Haltung des Grafen von Paris" einen Artikel, den sich das offiziöse Organ des Prinzen von Orleans „Le Soleil" aneignet, indem es jene Kundgebung an der Spitze des Blattes reproduzirt. Die französische Presse bezeichnet den Artikel als das orleanistische Wahlmanifest.

Der „Figaro" schreibt, der Graf von Paris habe nicht nöthig, ein Programm zu veröffentlichen, sein Name schon ist ein Manifest. Es handle sich nur darum, zu wissen, ob der Chef der Familie Orleans sich bei der Wahlkampagne direkt betheiligen oder sich damit begnügen werde, die Bemühungen seiner Parteigenossen mit platonischen Wünschen zu begleiten. Auf diese Frage antwortet nun der „Figaro" selbst: Der Graf von Paris wird von Frankreich weder verlangen noch erwarten, für den Triumph seiner Meinung zu kämpfen, den ausgedehntesten Gebrauch machen. — Er weiß sehr wohl, daß er sich auf diese Weise der Gefahr des Exils aussetzt; aber — der „Figaro" druckt die nächstfolgenden Worte in fetter Schrift aus — „der Graf von Paris ist zum Aeußersten entschlossen — il est prêt à tout!" — Der „Soleil" wiederholt diese Worte; er macht sie sogar zum Titel seines Leitartikels und erklärt sie folgendermaßen: „Bisher hat der Graf von Paris nur gesetzt, daß er im Stande war, Alles zu erdulden, auf daß die Ruhe Frankreichs nicht gestört werde; jetzt erklärt er sich bereit, das Aeußerste zu wagen, um Frankreich zu retten." Die „République française" will an diesen stolzen Muth nicht recht glauben. „Die Prinzen von Orleans hängen viel zu sehr an ihren Millionen", schreibt das republikanische Blatt, „als daß sie das Gestrigste risliren würden; es fällt ihnen garnicht ein, zu Pferde zu steigen und uns eine neue Vorstellung von Straßburg und Boulogne oder von der Rückkehr von Elba zu geben. — „Figaro" und „Soleil" schreiben, der Graf von Paris würde Alles wagen. Einstweilen getraut er sich nicht einmal, aus Furcht vor dem Polizeikommissarius, seinen Namen unter das orleanistische Manifest zu setzen. Edouard Hervé muß seinen Namen dazu hergeben, damit nur die vorsichtigen Prinzen keine Gefahr laufen.

Die Ereignisse werden zeigen, wer von beiden, „Soleil" oder „République française", Recht hat. Jedenfalls sollte Herr Hervé, der Chefredakteur des „Soleil", die wirklichen Absichten des Prinzen von Orleans besser kennen als die „République française".

Rundschau im Auslande.

Wie schon im gestrigen Morgenblatt mitgetheilt, wird der **österreichisch-ungarische** Minister Graf Kalnoky sich demnächst nach Varzin begeben, um dem Reichskanzler Fürsten v. Bismarck einen mehrtägigen Besuch abzustatten. Das Wiener „Fremdl." widmet der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden so eng verbündeten Nachbarreiche eine ausführliche Betrachtung, worin es hervorhebt, daß diese Begegnung mit keiner konkreten Frage in Verbindung stehe; dieselbe sei gewissermaßen ein persönlicher Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich. In Bezug auf die bevorstehende Entrevue des Kaisers Franz Josef und des Kaisers von Rußland in Kremsier bemerkt daselbe Blatt, daß weder eine große Staatsaktion, noch eine schriftliche Fixirung politischer Thatsachen in Aussicht genommen seien; die Entrevue in Kremsier werde nur bekunden, daß an dem bisherigen freundschaftlichen und vertrauensvollen Verhältniß, welches in kurzer Frist zu durchaus glücklichen Ergebnissen geführt habe, festgehalten werden solle.

Der Artikel des „Frdbl." schließt folgendermaßen:

Als die ersten Schritte des Petersburger Kabinets zu einer Annäherung an das Zwei-Kaiser-Bündniß unternommen und von dem Wiener und Berliner Kabinette mit gleichem Entgegenkommen erwidert wurden, war ein Theil der öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns von der Besorgniß erfüllt, der Beitritt Rußlands könne zu einer Abschwächung der Intimität zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland führen. Schwerlich steht irgend Jemand mehr auf diesem Standpunkte. Schwerlich geht irgend Jemand von der Meinung aus, Graf Kalnoky werde bei seiner gegenwärtigen Anwesenheit in Varzin eine weniger offene Aussprache finden, weil zwischen seinem Besuche im vergangenen Jahre und in diesem Sternschnuppen liegt. Sollte noch irgendein Zweifel in dieser Richtung bestehen, so wäre hier zu bemerken, daß Graf Kalnoky über Varzin nach Kremsier gegangen ist, nicht umgekehrt. Allein das unbefangene und einsichtige Urtheil ist längst darüber schlüssig geworden, daß die Annäherung Rußlands an den Zwei-Kaiser-Bund die gleichzeitig erwünschteste und wirkungsvollste Ergänzung des Zweckes desselben bildet. In diesem Sinne werden die Völker Oesterreich-Ungarns den Beherrscher des mächtigen nordischen Reiches als Gast, Freund und Bundesgenossen ihres Kaisers und Königs hier begrüßen. Der Wunsch, daß in Kremsier getrost und entwickelt werde, was in Skiernewice zuerst in festere Formen gefaßt wurde, reicht so weit, als die Grenzen dieser Monarchie.

Die politische Situation **Frankreichs** ist gegenwärtig auf der ganzen Linie zum Stillstand gekommen, einige unbedeutende Zwischenfälle abgerechnet, welche unverkennbar einen wahlagitatorischen Charakter aufweisen. Die nunmehr der Vergangenheit angehörende Deputirtenkammer hat während der ganzen, Legislaturperiode 555 Sitzungen gehalten, nämlich 29 im Jahre 1881, 128 im Jahre 1882, 145 im Jahre 1883, 157 im Jahre 1884 und 96 in den acht Monaten des Jahres 1885. Von 557 ist die Mitgliederzahl in den letzten Monaten auf 514 herabgesunken, in Folge von 33 Mandatsniederlegungen und 10 Sterbefällen. Von den 43 erledigten Sitzen gehörten 40 der Linken und 3 der Rechten an.

„Temps" sagt, das Verwaltungssystem für Tonkin sei bereits im Marineministerium ausgearbeitet. Für Anam hingegen sei ein ganz neues System zu schaffen, um der Politik des Hofes von Hue eine mit den chinesischen Interessen im Einklang stehende Richtung zu geben. Der General de Courcy hat beschlossen, die Leitung der verschiedenen Verwaltungszweige in Hue anamitischen Mandarinen, welche die neuen Zustände annehmen, anzuvertrauen und denselben als Kontroleure Franzosen oder gewogene Anamiten beizugeben. Auf diese Weise soll die Politik am anamitischen Hofe von dem französischen Generalresidenten ausgehen. Die Verfügungen hingegen werden von anamitischen Beamten unterzeichnet, welche unter den Kontroleuren stehen. Laut Erlasses vom 28. Juli wird ein 3. Regiment tonkinesischer Tirailleure gegenwärtig angeworben. Der Marineminister hat die Befehlshaber der Armeekorps ein Rundschreiben erlassen, in welchem Anwerbung für 86 Offizierstellen dieses aus 4 Bataillonen und 16 Kompagnieen bestehenden Regiments befohlen wird. Einer amtlichen Statistik zufolge hat vom französischen Expeditionskorps in Tonkin die Marine seit dem Tode des Kommandanten General Riviere vor dem Feinde sowohl als in Folge von Verwundungen und Krankheiten bei einem Effektivbestande von 10 070 Mann 747 Mann verloren, wovon 656 auf die Marine-Infanterie und 91 auf die Marine-Artillerie kommen.

Die **spanische** Regierung sieht sich genöthigt, wie dem „Temps" unterm 6. August aus Madrid telegraphirt wird, eine sehr energische Haltung einzunehmen, um wenigstens in den Hauptorten mehrerer Provinzen die im Sanitätswesen herrschende Anarchie zu unterdrücken, wie diese durch die von den Lokalbehörden errichteten Quarantainen hervorgerufen worden ist. Der neue Minister des Innern, Senor Villaverde, kämpft gegen die thörichte Kopflosigkeit der Menge, welche die Reisenden einer absolut ungesetzlichen Behandlung unterwirft. Man errichtet willkürlich Lazarethe unter so ungünstigen Verhältnissen, daß sie zu Herden der Ansteckung werden. Mehrere Gouverneure und Chefs von Munizipalitäten sind in Disponibilitätsstand versetzt worden und Delegirte des Ministeriums des Innern wurden in die Provinzen geschickt, um eine wirkliche ärztliche Inspektion an die Stelle der ergriffenen abjurden Maßregeln zu setzen. Leider stoßen diese auf dem Lande auf den hartnäckigen Widerstand der Bauern, welche den Fremden mit geladenem Gewehr die Annäherung an ihre Wohnorte verwehren.

Wie man der Wiener „Presse" aus Kanea auf Kreta meldet, hat die **Pforte** die meisten von der kretensischen Nationalversammlung beschlossenen Gesetze sanktionirt, dagegen dem Budget, welches ein Defizit aufweist, die Genehmigung nicht ertheilt, und zwar mit dem Auftrage, es solle zuerst von jeder Erhöhung des Erfordernisses Umgang genommen werden, bevor die Bedeckung des Defizits ins Auge gefaßt würde. Die hellenischen Staatsangehörigen auf Kreta haben ein Gesuch an den Premier Delyannis gerichtet, worin sie um baldige Entsendung des noch immer in Athen weilenden Generalkonsuls Drakopulos nach Kanea bitten.

Ein Berichterstatter der „Pol. Korr." versichert, von einer Person, welche in jüngster Zeit die Reise von Monastir über Uesküb und Prisren nach Wranja gemacht hat, erfahren zu haben, daß die Verhältnisse in Albanien und Mazedonien im Allgemeinen allerdings ziemlich verworren und wenig erfreulicher Natur sind und leider noch dasselbe Bild von Unordnung und theilweise zügellosen Zuständen bieten, wie dies in diesen Provinzen seit vielen Dezennien der Fall war; doch haben sich die Verhältnisse auch nicht verschlechtert. Daß dort religiöse und Stammesfeindseligkeiten, Raubanfälle und einzelne, größtentheils auf Blutrache zurückzuführende Mordthaten vorkommen, lasse sich nicht in Abrede stellen, aber diese Verbrechen seien keineswegs in größerem Maße vorhanden, als man dort von langeher gewohnt ist, und mache sich eine größere Erregung in der dortigen Bevölkerung nirgends bemerkbar. Ein höhergestellter türkischer Funktionair hätte anläßlich einer Besprechung der dortigen Zustände einfach erklärt: die Arnauten seien indirekt gezwungen, jedes Jahr einige tausend Schafe und Ziegen in gewaltsamer Weise durch Raub sich anzueignen, um überhaupt über den Winter existiren zu können. Dies geschehe eben auch, sei aber nichts Außerordentliches, sondern, wie mit Bedauern gestanden werden müsse, eine seit Jahrzehnten bestehende Erscheinung, die, so sehr sie beklagt werden muß, nicht so leicht beseitigt werden könne.

In Folge des in der letzten Zeit in einigen Gegenden **Serbiens** überhandnehmenden Räuberunwesens dem auch der Skupschtinadeputirte Welitko Jakowsevic zum Opfer fiel, und in Anbetracht des Umstandes, daß die räuberischen Umtriebe durchgehends eine systematische Insurwerkfetzung und Organisation vertrathen, ist nach Belgrader Meldungen ein auf Grund eines Beschlusses des Gesammtministeriums erflossener königlicher Ukas erschienen, durch welchen auf Grund der verfassungsmäßigen Bestimmungen im Gebiete der Kreise von Ujica und Cacaka, sowie in dem Bezirke Kolubora des Walsewoer Kreises und den Bezirken Zwizd und Homolje des Pozarevatzer Kreises das Standrecht erklärt wird.

Parteibewegung.

— Ueber den am Sonnabend in Thale abgehaltenen **Delegirtentag der Nationalliberalen** der Provinz Sachsen entnehmen wir, vorbehaltend, auf die Sache zurückzukommen, sobald ausführlichere Berichte vorliegen, einem Extrablatt der „Elbf. Ztg." folgenden vorläufigen Bericht: Der nationalliberale Delegirtentag der Provinz Sachsen war äußerst zahlreich besucht. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden Stadtraths Dusigneau-Magdeburg und des Professors Boretius-Halle ergriff Ober-Bürgermeister Dr. Miquel das Wort, um aus führen, wie zahlreiche wichtige Aufgaben auch dem Landtage noch oblägen, insbesondere welche Bedeutung die Provinz Sachsen als Vermittlerin zwischen dem Westen, wo die Partei sich bekämpfte, und dem Osten, wo sie hauptsächlich geschwächt worden ist, jetzt für die Wahlen habe. Sind wir hier siegreich, dann setzt sich die Bewegung des Erfolges auch wieder ostwärts fort. In der Entwickelung des sachlichen Programms führte der Redner, zunächst betreffs der Finanzfragen aus, daß der Defizitstand nicht fortdauern dürfe, daß die Gesetzesverwendung im Jagdstaat, erst recht um an rechter Stelle geschehen müsse. Aber Vorsicht sei es, die Summe der Weisheit des Liberalismus darin zu erblicken, daß man dem Staate möglichst wenig bewillige. Dieser habe im Fortschreiten neue Aufgaben zu erfüllen und brauche dazu neue Mittel. Der Grundsatz, die direkten Steuern, seien zu erhalten, nicht der Agrarbetrieb sei mehr zu belasten, sondern das Kapital. Persönlich hält Dr. Miquel die Kapitalrentensteuer für ein minder wichtiges Mittel, er empfiehlt vielmehr eine entschlossene Reform der Einkommensteuer. Auf dem Gebiete der Selbstverwaltung empfiehlt er vertrauensvollen Entgegengehen, auch dort, wo wegen des Kulturkampfes bisher Bedenken hinderlich waren; die Bevölkerung werde das Vertrauen zu würdigen wissen. Wenn die Kreis- und Provinzialordnung durchgeführt sein werde, beginne erst die größte Aufgabe: die Schaffung einer Landgemeindeordnung. Trachter sei die Milderlichkeit der vorhandenen Schädigungen reformatorisch zu behandeln. Auch noch garnicht in den Angriff genommen sei die Frage der gesetzlichen Regelung der Befugnisse der koordinirten Polizeibehörde gegenüber der Stadtverwaltung. Zum Kirchenstreite übergehend, entwickelt Dr. Miquel als subjektive Ansicht, obwohl er mit einzelnen Gesetzen von vornherein nicht einverstanden gewesen sei, müsse man jetzt abwarten, was die Staatsinitiative bringe; der Staat allein könne die Basis der Unterhandlungen, der Staat allein könne daher auch Vorschläge machen. Weiter empfehle sich eine thatkräftige Einflußnahme auf die allgemeine Staatsverwaltung, insoweit solche der Volkswohlfahrt, namentlich dem Bauernstande und den Mittelständen, durch Maßnahmen außerhalb des Rahmens der Gesetzgebung befördert sein müsse. Unglosst sei noch die Frage der Benutzung von Flüssen und Bächen; ein Wasserrecht werde für die Provinzen endlich noch erzielbar sein. Nicht minder bedürfe das Armenwesen bedurfe Einlassung der Alteren Verbände der Reform. Zum Gesetz Huene übergehend, hofft Dr. Miquel die Regierung selbst werde eine Verbesserung im Sinne Gossler's vorschlagen, andernfalls sei für unsere Partei die Initiative hierzu rathsam. Ein Hauptfehler sei der Mangel einer Zweckbestimmung des Gesetzes, daß nach Belastung der unteren Klassen durch Zölle nur diese Klassen selbst wieder entlastet werden dürfen, nicht aber die größeren Besitzer. Redner proklamirt entschieden die Beseitigung des Schulgeldes, indem er sagt: „Ich bin entschieden immer dagegen gewesen, daß der Staat entsprechend der abnehmenden Leistungsfähigkeit besteuere, wie solches die finanzielle Wirkung des Schulgeldes bedeutet." Für den Bauernstand könne die Regierung auch durch Tarife 2c. Hülfe bringen, insbesondere werde auch die Frage der Arbeiterwohnungen in den Städten noch an uns kommen. Die Tradition, daß Staat und Gemeinde hier nicht eingreifen dürfen, muß preisgegeben werden. Die Humanität und die politische Erwägung erheischen es, der Sozialpolitik des Reichskanzlers Vorschub zu leisten, der Landtag habe dazu ein Recht und wohl auch die Gelegenheit. Dr. Miquel schließt mit der Aufforderung, unsere Jugend zu versteben, welche nicht glaube, daß ihr Erdtheil, die verfassungsmäßige Freiheit, überhaupt in Reaktion untergehen könne, sondern welche die neuen Aufgaben einer neuen Zeit gelöst wissen wolle. Möge die Partei fest bleiben, dann werde sie auch die Jugend behalten. Der Gefolg der Rede war überwältigend, die glanzvolle Besprechung, die klare Zergliederung dieser großen praktischen Aufgaben drängte jede Erörterung tatsächlich Redendinge in den Hintergrund. Außer Miquel sprachen noch v. Bonda, der an die Zuverlicht der Partei appellirte, und Rumpf, welcher den Gruß der Rheinprovinz brachte. Vom Abgeordneten waren u. A. anwesend Hobrecht, Weber-Berlin, Gärtner-Magdeburg, Faulwasser-Merseburg, Zippel-Wolmirstedt 2c.

× **Erfurt,** 8. August. Heute fand hier eine Versammlung konservativer und nationalliberaler